

Pressemitteilung  
Kiel, 10.06.2015

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80  
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76  
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300  
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: [info@ssw.de](mailto:info@ssw.de)

## **Kritik an Polizeireform ist verfrüht - zuerst Wirkung abwarten!**

*Zur Debatte um die Landespolizei erklären die polizeipolitischen SprecherInnen der SPD-Landtagsfraktion, Simone Lange, von Bündnis 90/Die Grünen, Burkhard Peters, und des SSW, Lars Harms:*

Die Organisationsleitlinien begrüßen wir ausdrücklich! In den Direktionen Flensburg, Itzehoe, Neumünster, Kiel (Bereich Plön) und Bad Segeberg ist die Umstrukturierung bereits abgeschlossen bzw. kurz vor dem Abschluss; das gibt den Betroffenen Planungssicherheit. Die Direktionen Ratzeburg, Lübeck und Kiel-Stadt haben ihre Organisationsentwicklung gerade aufgenommen; wir werden auch diesen Prozess eng begleiten. Die begonnenen und in großen Teilen erfolgten Organisationsveränderungen, die von der Polizei selbst vorbereitet und ausgeführt werden, müssen jetzt erstmal wirken; deshalb ist die geäußerte Kritik auch aus den Reihen der Polizei nicht nachvollziehbar, weil verfrüht. Eine Evaluation sollte erst erfolgen, wenn man mit den neuen Strukturen Erfahrungen gesammelt hat. Eine weitere Strukturreform haben wir immer

abgelehnt und  
dabei bleiben wir auch.

Verunsicherungen, die durch die Äußerungen der Polizeidirektionsleiter und  
des  
Polizeidirektors entstanden sind, müssen umgehend ausgeräumt werden!

Burkhard Peters:

„Die letztendliche Verantwortung für die Entwicklung der Landespolizei  
liegt beim Parlament.“

Lars Harms:

„Entscheidend für die weitere Organisationsentwicklung sind die von der  
Politik vorgegebenen Rahmenbedingungen. Innerhalb dieser  
Rahmenbedingungen  
entscheiden die Direktionen über ihre Selbstorganisation nach  
polizeifachlichen Kriterien.“

Simone Lange:

„Klar ist, dass für die Sicherheitssituation im Land nicht die Größe  
einer Dienststelle entscheidend ist, sondern die polizeifachlichen  
Notwendigkeiten.

Aus diesem Grund haben wir uns immer gegen die Festschreibung der  
Mindestgröße einer Dienststelle ausgesprochen. Wir danken dem  
Innenminister,  
dass er uns hier gefolgt ist. Nicht zuletzt war dies auch der Wunsch der  
Berufsvertretung der Polizei, der Gewerkschaft.“

Genauso ernst nehmen wir die Belastungssituationen aller Mitarbeiterinnen  
Mitarbeiter der Landespolizei. Nach heutigem Stand ist die  
Überstundensituation  
stabil. Ja, der G7-Gipfel war ein Ausnahme-Großeinsatz, aber der ist ja nun  
vorbei!

Wir werden in der kommenden Landtagssitzung deutlich machen, wie die  
Weiterentwicklung der Landespolizei ausgestaltet werden kann.